



13. Oktober 2011

## **Arbeitgeberpräsident Hundt zur Bundesregierung in der IHK Frankfurt am Main**

Arbeitgeberpräsident Prof. Dr. Dieter Hundt zog gestern in der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main beim 2. Frankfurter-Ludwig-Erhard-Dialog der IHK, der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 e. V. (WIPOG) und der Goethe-Universität Frankfurt am Main ein umfangliches Resümee über die bisherigen Leistungen der Bundesregierung. In seiner Bilanz zur Halbzeit der Bundesregierung kam der Arbeitgeberpräsident zu dem Schluss, die schwarz-gelbe Bundesregierung habe die Erwartungen der Unternehmen an eine bürgerliche Regierung nicht erfüllt. Angesichts der europäischen Schuldenkrise betonte Prof. Dr. Hundt: „In diesen Tagen und Wochen kann mitten in Europa nicht über Standort, Halbzeitbilanzen und Perspektiven gesprochen werden, ohne ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Währung und zu einer Vertiefung der europäischen Integration abzulegen.“ Er forderte unter anderem die Ergänzung der Währungsunion um eine politische Union und einen neuen Vertrag „Maastricht II“. Im „Vertrag von Maastricht“, auch „Maastricht I“ genannt, wurde unter anderem das Kriterium der Haushaltsstabilität als dauerhaftes Kriterium festgelegt.

Auch wenn sich der Vorsitzende der WIPOG, Dr. Wolfgang Lindstaedt, den Forderungen von Prof. Dr. Hundt in Bezug auf die Schuldenkrise anschloss, fügte Dr. Lindstaedt dennoch hinzu: „Hätten wir uns an die Kriterien von „Maastricht I“ gehalten, wäre „Maastricht II“ heute überflüssig.“

Dr. Roland Gerschermann, Vizepräsident der IHK Frankfurt am Main, betonte die Bedeutung der Schuldenkrise für den Finanzplatz Frankfurt: „In Frankfurt spüren die Banken und Versicherer, die großen Kapitalanleger und die Aufsichtsinstitutionen inklusive EZB und Bundesbank die Dramatik der Schuldenkrise in besonderer Weise. Die Zustimmung der Bundesregierung zur Ausweitung des europäischen Rettungsschirmes wird begrüßt.“